

**Gerantwortliche
Redakteure.**

für den politischen Theil:

E. Fonsane,

für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redact. Theil:

J. Haffeld,

sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:

J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger

Jahrgang.

Mr. 164

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Nebeneinkommen gestattet.)

81. Sitzung vom 5. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats der Verwaltung der Eisenbahnen wird fortgesetzt.

Bei Titel 12 der Einmaligen Ausgaben (Bahn von Mommenheim nach Saargemünd) spricht

Abg. Dr. Höffel (Rp.) seine Freude darüber aus, daß diese Linie, welche die Elsaßer seit 20 Jahren erhofft hätten, endlich zu Stande komme. Der Patriotismus des deutschen Elsaßes verdiente diese Belohnung. Desto bedauerlicher sei die neuerliche Verschärfung der Bahnmäßigkeiten. An dem Treiben der chauvinistischen Heger in Frankreich hätten die Elsaßer keine Schuld; im Gegentheil, sie protestierten gegen den Missbrauch, der in Frankreich mit dem Namen „Elsaß-Lothringen“ getrieben würde.

Hierauf wird ohne weitere Debatte der Rest des Etats bewilligt.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts Titel 1 der fortlaufenden Ausgaben (Präsident) regt

Abg. Graf Stolberg (L.) die Einführung der Einheitszeit für die deutschen Eisenbahnen an, wodurch namentlich der Dienst auf den Bahnhöfen wesentlich erleichtert werden würde. Auf kleineren Bahnhöfen hätten besetzte Personen zu gleicher Zeit Dienst nach der Berliner und der Ortszeit zu versehen.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz erwidert, daß der Verband deutscher Eisenbahnverwaltungen bereits einen solchen Beschluß gefaßt habe, aber nur für den inneren Dienst. Die Einheitszeit für den Verkehr des Publikums könne nicht eher eingeführt werden, als bis man die Einheitszeit auch im bürgerlichen Leben für zweckmäßig halte. Darüber schwieben augenblicklich Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) spricht sich gegen die Einheits- oder Sonnenzeit aus. Die Wissenschaft und auch die Handelskammern hätten sich dagegen ausgesprochen. Die Zeit könne nicht unabhängig gemacht werden von den geographischen Verschiedenheiten. Für die Landwirtschaft sei es ganz undenkbar, von der Zeit des Sonnenauf- und Unterganges abzusehen. Auch in Bezug auf den Beginn der Arbeitszeit und der Schule müßten die geographischen Verschiedenheiten berücksichtigt werden.

Abg. Rössle (Wldib.) führt Beschwerde darüber, daß durch Schuld der Steuerbehörde Verzögerungen in der Löschung der Waaren vorlägen, ohne daß für den dadurch entstehenden Schaden die Eisenbahnverwaltungen Entschädigung leisten.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz hält die Braxis der Eisenbahnverwaltungen für gerechtfertigt; durch Zollabfertigungen entstehende Verzögerungen müßten dem Empfänger zur Last fallen.

Abg. Richter (Dfr.) richtet die Aufmerksamkeit auf die Kohlenausfuhr in das Ausland. Die Frage ist im Augenblick eine akute im öffentlichen Interesse geworden durch das bekannte Reskript des Handelsministers, wodurch derselbe die Handelskammern aufforderte, sich darüber zu äußern, ob es wahr sei, daß sie ihre kontraktlichen Verbindlichkeiten gegenüber den Abnehmern im Ausland vernachlässigt hätten im Interesse einer Kohlenausfuhr, welche für sie rentabler sich gestalte. Ich will das Reskript hier nicht einer Kritik unterziehen und bin überhaupt kein Freund solcher Einmischung ministerieller Reskripte in die Frage der Erfüllung privatrechtlicher Verbindlichkeiten. Indessen haben die Erörterungen im Anschluß an dieses Reskript bereits soviel geführt, festzuhalten, daß jedenfalls in den öffentlichen Einrichtungen der Eisenbahnverwaltung Momente vorhanden sind, die in solchen Zeiten, wie in diesem Januar, die Ausfuhr von Kohlen in das Ausland begünstigen auf Kosten der inländischen Kohlenkonsumtion. Nach einem Bericht der „Aöbl. Ztg.“ hat in diesen Tagen in einer Vorstandssitzung des bergbaulichen Vereins des Bergbaubezirks Dortmund der Generaldirektor eines Gelsenkirchener Kohlenbergwerkes erklärt, es sei richtig, daß Sonderzüge mit Kohlen nach dem Ausland gegangen seien, während aus den Sammelbahnhöfen keine Wagen zu ihnen gekommen seien. Ich bin nun weit entfernt, der Eisenbahnverwaltung den Vorwurf zu machen, daß sie höswilliger Weise im Januar die Ausfuhr der inländischen Kohle in das Ausland hat begünstigen wollen. Wie wir gehört haben, ist sie ja kontraktlich bei Konventionalstrafe verpflichtet, allwochenstet das ganze Jahr hindurch Extrazüge nach Holland abzulassen, wie es heißt, damit die Holländer das ganze Jahr hindurch die deutsche Kohle zu beziehen verpflichtet werden können. Es ist also die Konsequenz der künftlichen Begünstigung der Förderung der Kohlenausfuhr in das Ausland, die sich mit besonderer Schärfe in dem Augenblick fühlbar macht, wo die Konjunktur es wünschenswert macht, daß man den Bedarf an inländischen Kohlen auch voll befriedigen kann.

Die Begünstigung der Kohlenausfuhr in das Ausland hat ihren besonderen Ausdruck in dem billigeren Tarif gezeigt, wie sie z. B. auch eingerichtet worden sind, um die Pariser Gaswerke billiger mit Kohlen aus der Ruhrgegend zu versorgen, wodurch auch wesentlich die inländische Versorgung ins Stocken gerathen ist. Als ich im vorigen Jahre auf die billigeren Tarife der Kohlenausfuhr gegenüber der Kohleneinfuhr hinwies, hielt man mir entgegen, daß die englische Kohle auch ohne solche Begünstigung wegen ihrer Preishöhe nicht mit der deutschen konkurriren könne. Jetzt aber hören wir, daß die Eisenbahnverwaltungen für ihren eigenen Bedarf bereits englische Kohlen bestellen müssen, und daß die Firma Krupp, welche selbst eigene Kohlenbergwerke hat, englische Kohlen hat nach Essen kommen lassen müssen. So haben sich also die Konjunkturen verändert. Wenn nun auch bei der Eisenbahnverwaltung die Frachtverrechnung keine Rolle spielt, so bedeutet sie für den Privatbedarf doch eine erhebliche Verhinderung der englischen Kohle und erhebt die Kohlenverjörgung des Inlandes. Die dadurch geschaffene Situation wird am deutlichsten dadurch illustriert, daß 1890 die Einfuhr ausländischer Kohlen um 3 Millionen Doppelzentner abgenommen, die Ausfuhr deutscher Kohlen um 2 Millionen zugenummen, also das Verhältnis sich für den inländischen Konsum um 6

Millionen verschlechtert hat. Bei dem Koks ist eine gleiche Verschlechterung um 3 Millionen eingetreten.

Ich will meinen vorjährigen Antrag, eine gleichmäßige Gestaltung der Kohlentarife in Aussicht zu nehmen, nicht wiederholen, weil es heißt, daß die Regierung überhaupt damit beschäftigt sei, die Tarife im Rahmen des gesamten Gütertarifsystems anders zu gestalten. Wir können aber nicht verzichten, vom Reichseisenbahnamt über diese Verhältnisse nähere Auskunft zu erbitten. Ich beantrage daher, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst eine Übersicht vorzulegen derjenigen Ausnahmetarife deutscher Eisenbahnverwaltungen, welche dazu bestimmt sind, die Ausfuhr deutscher Kohlen nach dem Auslande oder die Konkurrenz inländischer Kohlen mit den ausländischen zu begünstigen. Das Material, das wir in den Publikationen des preußischen Landeseisenbahnrates haben, genügt uns nicht, weil wir nur einen mühsamen Auszug daraus machen könnten, der nur die Bedeutung einer Privatautorität befasse. Hier handelt es sich aber nicht nur um preußische Fragen, sondern um den internationalen Kohlenverkehr. Deswegen wünschte ich wenigstens die örtlichen Unterlagen, um mit größerer Sicherheit und Kenntnis die tatsächlichen Verhältnisse nach jener Richtung zu bearbeiten in einer Frage, die mit Recht im Augenblick im Vordergrunde steht.

Abg. Dr. Hammacher: Die preußischen Staatsbahnen haben englische Steinkohlen deshalb bezogen, weil der durch die bekannten Verkehrsstockungen geschwundene Vorraum rasch ergänzt werden mußte, und Privatindustrie, namentlich die Firma Krupp, haben es im Interesse ihrer Arbeiter gethan, um trotz der drohenden Streiks den ganzen Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Begünstigung von Extrazügen kann ja bei den bestehenden Konjunkturen nicht Wunder nehmen, da sie viel leichter und sicherer zu beladen geben. Die Preise der Steinkohlen sind in England höher gestiegen als im Inlande. Die Staatsbahnverwaltung hat ja durch außerordentliche Ausnahmetarife auch für das Interesse der inländischen Konsumenten Sorge getragen. Zu dem jetzigen Normaltarif sind wir ganz allmählich durch die Reichsverfassung gelangt. Es liegt nicht nur im Interesse der Kohlenproduzenten, sondern auch im Interesse der Eisenbahnen, durch billigere Auslandsfrachten die Kohlenproduktion zu erhöhen, und ebenso auch im Interesse der größeren Arbeitsgelegenheit. Die Frage der Ausnahmetarife ist garnicht so bedeutend, das ist von Herrn Richter nur künstlich aufgebaut worden. Da aber der Antrag nicht schaden kann, werde ich für denselben stimmen.

Abg. Richter: Ich freue mich, daß dieser Antrag eine bessere Aufnahme findet als der gestrige, obgleich er doch ähnlich verlangt. Was in den Ausführungen des Abg. Hammacher richtig war, ist von mir überhaupt nicht bestritten, und beweist auch nichts für die vorliegende Frage. Ich habe es durchaus nicht als verfehlt bezeichnet, daß die Eisenbahnverwaltung in der Situation, die nun einmal gegeben ist, Extrazüge begünstigen, selbst die Extrazüge des Auslandes; ich habe es nur dargestellt als die technische Konsequenz eines solchen, seit Jahren bestehenden Systems, die in diesem Augenblick ganz besonders zum Nachteil der inländischen Konsumenten gereicht. Wenn es wahr wäre, daß die Preise im Auslande mehr gestiegen wären als im Inlande, wie kommt es denn, daß in diesem Jahre gerade 30 000 Doppelzentner mehr in das Ausland verfahren sind als im Vorjahr, und daß sich überhaupt die internationale Bilanz in Bezug auf Steinkohlen und Koks um 9 Mill. Doppelz. ungünstiger stellt als im Vorjahr? Herr Hammacher hat die Thatsache des Bezuges der ausländischen Kohlen durch die Eisenbahnen und Private in diesem Augenblick nicht bestritten, er hat nur die Thatsache zurückgeführt auf außerordentliche Maßnahmen, Konjunkturen u. s. w. Ich habe mich über die Gründe gar nicht besonders ausgesprochen, ich habe nur konstatieren wollen, daß in diesem Augenblick Konjunkturen vorhanden sind, die es vom privaten Interesse aus mehr als im Vorjahr geboten erscheinen lassen, ausländische Kohlen zu beziehen zur Befriedigung des inländischen Bedarfs, und ich meine, ebenso wie die Eisenbahnen im Stande sind, ihren besonderen Bedarf vom Auslande zu befriedigen so müßte man die Privaten in dieselbe Lage sehen, indem man die Tarifbestimmungen für sie entsprechend günstiger gestaltet. Die einseitige Entwicklung besteht darin, daß man nicht versucht hat, ob nicht auch die übereinstimmenden Interessen der Kohlenproduzenten mit dem der Eisenbahnen es geboten hätten, die Befuhr ausländischer Kohle auf gewissen Strecken zu erleichtern. — Die Kunst fällt jetzt auf die Interessen der Kohlenproduzenten und die Ungunst auf die der Kohlenkonsumenten. Wir stehen ja in dieser Ansicht nicht allein da. Seit wir die Frage angeregt haben, haben eine Reihe Handelskammern, namentlich in Essen, verlangt im Interesse der Allgemeinheit eine größere Berücksichtigung der Kohlenkonsumenten wie bisher. Es ist ja bei allen diesen Fragen möglich, daß die Kohlenproduzenten ihre besondere Organisation haben, dagegen die Konsumenten der Organisation entbehren, und deshalb müßte um so mehr die Reichsregierung, wenn sie das Interesse der Allgemeinheit wahrnehmen will, auch das Interesse der Konsumenten mehr wahrnehmen. Herr Hammacher stellt die Ausnahmetarife in Bezug auf das Ausland als unbedeutend hin und meint, ich hätte die Sache fünfzig aufgebaut.

Herr Hammacher hat beinahe die Arbeit eines Menschenalters darauf verwendet, als Vorsitzender des Vereins der bergbaulichen Interessen im Bezirk Dortmund und als Abgeordneter dieses Systems der Ausnahmetarife für Kohlen zu erleichterungen der Ausfuhr in das Ausland zu empfehlen und zu begünstigen und er würde gewiß, wenn die Sache so unbedeutend wäre, sich nicht eine so gewaltige Arbeit bei jeder Gelegenheit machen. Glauben Sie denn nicht auch, daß die Industriezeuge, die Kohlen verbrauchen auch ein Interesse haben auf billige Kohlen und ein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit? Ihre Interessen stehen hier denen der Kohlenproduzenten entgegen, und die Regierung hat bisher nur die Interessen der Kohlenproduzenten einseitig berücksichtigt. Den Konsumenten in Deutschland sollte endlich auch ihr Recht werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hammacher: Meine Thätigkeit hatte nicht das Ziel, Ausnahmetarife allein im Interesse der Produzenten zu er-

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hof. Ad. Höfle, Hoffst.,
Gr. Gerber u. Breitestr. Ecke
Haus Niedlich, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in Gnesen bei S. Chaylerski,
in Weseritz bei Ph. Matthäus,
in Wreschen bei J. Jädelohu
u. b. d. Inserat.-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Rose
und „Favalidendank“.

Freitag, 6. März.

1891

Inserate, die schrägespalten Petzhölle oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., auf der vorherigen
Seite entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

reichen, sondern eine Verbilligung im Interesse aller, auch der Konsumenten. Die Rentabilität der elsässischen und der rheinischen Eisenbahnen hat sich dadurch außerordentlich gehoben. Herr Richter wird den Beweis für die Behauptung, auf der sein Antrag beruht, nicht erbringen können.

Ein konservativer Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Richter: Ich kann Herrn Dr. Hammacher das Zeugnis nicht ertheilen, daß seine parlamentarische Thätigkeit sich auf eine allgemeine Verbesserung der Kohlentarife gerichtet hat. Er hat zwar stets seine Genugthuung über jede Verbilligung der Ausfuhrtarife ausgesprochen, aber mir ist kein Fall bekannt, wo er im Interesse der Konsumenten einen billigeren Tarif angestrebt hätte. Freilich haben lediglich die ungünstigen Konjunkturen die Kohlennot hervorgerufen; aber gerade in solchen ungewöhnlichen Konjunkturen treten die Folgen solcher Begünstigungen dafür um so schroffer hervor, als in normalen Verhältnissen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und eines Theils des Zentrums angenommen. Der Rest des Etats gelangt debattlos zur Annahme.

Es folgt der Etat des Marineamts.

Beim Titel 1 der fortlaufenden Ausgaben „Marinelabiet“ bringt

Abg. Jeben (nfl.) die Unruhen in Chile zur Sprache und bedauert, daß die Nachricht, daß ein deutsches Kriegsschiff zum Schutz der deutschen Interessen dorthin abgegangen sei, sich nicht bewahrheitet habe. Die deutschen Interessen seien auf diese Weise noch immer ohne Schutz, da die englischen Kriegsschiffe dieselben doch nicht berücksichtigen. Bei den fortwährenden Unruhen in Centralamerika aber sei ein besonderer Schutz unerlässlich.

Staatssekretär Hollmann: Wir haben eine ostafrikanische, eine ostasiatische, eine australische und eine Mittelmeerstation. Zur Entsendung eines Schiffes hätte sich am besten die ostafrikanische Station geeignet. Die Marine ist nicht in der Lage, Schiffe von diesen Stationen hinweg zu ziehen, da bisher dort alle gebraucht worden. Die Zahl der stationirten Schiffe ist nach dem Bedürfnis bemessen. Wenn man ein Schiff wegziehen wollte so würde das eine Benachtheiligung dieser Station bedeuten. Wir sind aber nicht in der Lage, Schiffe nach Chile zu schicken, als bis hier eine entsprechende Etatsbewilligung stattfindet.

Bei dem Titel „Staatssekretär“ fragt

Abg. Hade (dfr.) an, wann der projektierte Bau des Handelshafens in Wilhelmshaven stattfinden wird. Die Venedungen, die bis jetzt an diesem Hafen vorgenommen worden seien, entsprechen nicht den Intentionen des Reichstages, bei Bewilligung der dazu erforderlichen Summe.

Staatssekretär Hollmann erwähnt, daß die Marineverwaltung keine Verbindlichkeit eingegangen sei, einen Handelshafen an die zweite Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven anzufügen; es habe nur die Voraussetzung bestanden, daß der Hafen geeignet sei könnte, den Handelszwecken der Stadt zu dienen, und die Marine werde bereit sein, soweit Platz dafür sei, den Handelsschiffen die Möglichkeit zum Lösen und Laden zu geben. Die Marineverwaltung wird, so weit es möglich ist, den Bedürfnissen der Handelschiffe entgegenkommen.

Abg. Richter (dfr.) giebt zu, daß die Marineverwaltung zwar keine Verbindlichkeit zum Ausbau übernommen habe, aber es liege doch ein Verprechen vor, und wir haben keine Gründe gehabt, die maßgebend gewesen sind für die Nichteinlösung dieses Versprechens.

Abg. Henk erklärt, daß er in seinen Ausführungen in der Budgetkommission nach Zeitungsberichten mißverstanden worden sei. Er habe damit ein Mißtrauen der Marineverwaltung zwar nicht aussprechen wollen.

Bei Kap. 51, Titel 4 (Maschinen-Ingenieurpersonal) fragt

Abg. Richter an, ob trotz der vorjährigen Vermehrung der Maschinen-Ingenieure, die damit begründet worden sei, daß ein einziger Ingenieur den Dienst auf einem Schiffe nicht bewältigen könne, doch auch heute noch auf seinem dieser Schiffe zwei Ingenieure seien. Es sei wünschenswert, diese Beamten ebenso wie in anderen Ländern in Bezug auf ihre dienstliche Stellung besser zu stellen.

Staatssekretär Hollmann erklärt, daß für die Schiffe älterer Art ein Ingenieur genügt habe, für die neuen Schiffe werde aber die Anstellung eines zweiten bzw. dritten Ingenieurs erforderlich sein.

Der Titel wird bewilligt.

In Titel 15 der Regierungsvorlage werden als Lohnung und Zulagen für die Marineinfanterie 210 666 M. gefordert, darunter 15 000 M. als Unteroffizierprämien. Die Kommission will als Unteroffizierprämien nur 1320 M. gewähren, während ein Antrag Windthorst 900 M. bewilligt wird.

Die Abg. Dr. Windthorst mit dem Hinweise auf die entsprechenden Bewilligungen im Militäretat. Die Unteroffiziere der Marine könnten doch nicht schlechter gestellt werden als die des Landheeres.

Der Antrag Windthorst wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei Kapitel 52 (Indiensthaltung der Schiffe 8 690 000 M.) weist

Abg. Richter auf das überaus rasche Anwachsen der Ausgaben für diese Position hin. Während sie 1875 nur 2 600 000 M. betragen hätten, sei der Etat 1889/90 schon 6 260 000 M. gewesen, das ist aber über 8 351 000 M. also 2 100 000 M. über den Etat betragen. Da könne auch Abg. Windthorst nicht von langen Fortschrittszeiten sprechen. Redner fragt an, ob und welche Etatsüberschreitungen voraussichtlich in diesem Jahre zu erwarten seien.

Staatssekretär Hollmann erwähnt darauf, daß bei den einzelnen Titeln dieses Kapitels eine Etatsüberschreitung gegenüber dem Voranschlag des vorigen Etats von 351 000 M. stattfinden werde. Die Summe lasse sich nie genau berechnen.

Abg. Riedert konstatiert darauf, daß danach in diesem Etat 1 Million mehr verlangt werde, als in dem vorigen. Das sei doch etwas viel.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Verathung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Prußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom 5. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die dritte Berathung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt mit der gestern begonnenen Debatte über § 9, welcher die vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringenden Beträge feststellt.

Punkt 1 und 4 nennen als solche die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben, ferner die direkten Real-, Staats- und Kommunalsteuern.

Ein Antrag Dr. Sattler will noch besonders die Deichlasten einbeschreiben.

Ein Antrag v. Jagow (konf.) und Gen. will die Kommunallasten nicht in Abzug bringen, ein Antrag Graf Strachwitz (Btr.) im Gegensatz dazu alle direkten Staats- und Kommunallasten abziehen.

Abg. Graf Strachwitz (Btr.) befürwortet seinen Antrag damit, daß je schärfer die Veranlagung sei, desto mehr darauf gesehen werden müsse, daß nur das besteuert würde, was wirklich Einkommen sei.

Abg. Frhr. v. Bedlich (frk.) bittet um Ablehnung aller Anträge und Aufrechterhaltung der Beschlüsse zweiter Lesung.

Abg. v. Jagow (konf.) führt aus, daß die Konservativen den Abzug der kommunalen Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer für ungerechtfertigt halten. Durch die verschiedenartigen Besitzverhältnisse würden nach der Fassung der zweiten Lesung Ungleichheiten entstehen.

Generalsteuerektor Burghardt bittet um Ablehnung des Antrages Strachwitz, erklärt aber den Antrag Peters für akzeptabel, der nur eine Folge der Beschlüsse zweiter Lesung sei, da die Deichlasten zum größten Theile kommunale Lasten seien. Der Antrag erregte aber insofern Bedenken, als die Regierung nach wie vor an dem Standpunkt festhalte, daß der Abzug der Kommunalsteuern unzulässig sei.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird die Nr. 1 mit dem Antrag Sattler-Peters angenommen, die Nr. 4 unter Ablehnung des Antrages Strachwitz mit dem Antrage v. Jagow angenommen. Bei Nr. 6 befürwortet

Abg. Beelle (dfr.) einen Antrag Berling, die Schulgelder für Haushaltungsangehörige in Abzug zu bringen. Gerade die Schulgelder bildeten eine nothwendige und drückende Ausgabe der Mittelklassen, welche nach ihren ganzen sozialen Verhältnissen die Kinder nicht in die unentgeltliche Volksschule schicken können.

Generalsteuerektor Burghardt bittet um Ablehnung des Antrages. Derselbe würde nicht bloß die Mittelklassen erleichtern, sondern auch in ungerechtfertigter Weise die hohen Einkommen.

Nr. 6 wird darauf unter Ablehnung des freisinnigen Antrages in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Zu Nr. 7 (Abzug der Lebensversicherungsprämien) bis 60 Mark fragt

Abg. Riedert (dfr.) an, ob z. B. auch Prämien für Aussteuerversicherungen abzugsfähig sind.

Finanzminister Dr. Miquel erklärt, daß nach dem Wortlaut des Absatzes vom Abzug derartiger Prämien nicht die Rede sein könne. Der Minister bittet im Uebrigen, den Abzug der Lebensversicherungsprämien beizubehalten. Sonst würden diejenigen, welche durch einmalige Kapitalabfindungen sich versichern können, bevorzugt.

Abg. Hoeppner (konf.) erklärt diesen Absatz als den Grundsätzen der Vorlage nicht entsprechend, da die Versicherungsprämien nichts anderes seien als eine Kapitalansammlung.

Finanzminister Dr. Miquel erwidert, daß dann auch die Beiträge zur Pensions- und Rentenversorgungskasse nicht abgezogen werden dürften.

Ein inzwischen eingegangener Antrag Voediker will die Prämien auch für Versicherungen der Angehörigen frei lassen.

Nach unerheblicher weiterer Diskussion wird dieser Antrag abgelehnt, und Nr. 7 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen, ebenso der Rest des § 9, sowie §§ 10—15.

Zu § 17 (Steuerarif) beantragt Abg. Dr. Avenarius entsprechend dem Antrag Ennecerus in der zweiten Verathung das mittlere Einkommen bis 11 500 Mark zu rechnen, und stellt einen Tarif auf, der für die Einkommen von 3000—11 500 Mark etwas niedrigere Steuersätze aufstellt, als das Haus sie in der zweiten Verathung beschlossen hat.

Abg. v. Eyner (natl.) vertheidigt diesen Antrag mit Hinweis auf England, das einen viel niedrigeren Tarif habe.

Abg. Frhr. v. Huenen hält den Vergleich mit England für nicht zutreffend, da dort ganz andere Vermögensverhältnisse beständen. Redner bittet deshalb, den einmal festgestellten Tarif anzunehmen.

Abg. Dr. Arent (frek.) erklärt sich für den nationalliberalen Antrag. Nach Annahme des Antrages Peters zu § 9 könnten finanzielle Bedenken nicht maßgebend sein. Die mittleren Einkommen müßten in höherem Maße berücksichtigt werden, als es bisher geschehen sei.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich muß um Ablehnung des Antrages bitten. Es gebe eine große Anzahl von Personen, die eine solche Berücksichtigung nicht verlangen. Die Frage über die Berücksichtigung der mittleren Klassen könne erst gelöst werden bei der Lösung der Frage des fundirten und unfundirten Einkommens. Für die Mittelklassen sei in diesem Gesetze ja bereits genug geschehen durch allerlei Erleichterungen.

Abg. Riedert (dfr.): Ich verstehe nicht, was für ein Grund vorliegt, die mittleren Einkommen schon jetzt höher zu beladen, wenn die Ausgaben in Zukunft steigen werden. Der frühere Entwurf hat jedenfalls für die mittleren Klassen mehr Erleichterungen geschaffen als der gegenwärtige. Die Nothwendigkeit zur Verbesserung dieses Gesetzes wird sich auch bald genug zeigen.

Abg. v. Bedlich (frek.) tritt im Namen des größeren Theils seiner Partei für den Tarif der zweiten Lesung ein.

Abg. Tramm (natl.) beflaßt es, daß die höchsten Einkommen mit einem Satz von 4 Proz. zur Steuer herangezogen werden, Man fabre damit im sozialistischen Fahrwasser; die Begehrlichkeit gegenüber den Reichen werde dadurch in bedenklicher Weise erhöht. Redner tritt sodann für den Antrag Avenarius ein. Es sei Zeit, wieder einmal an die Mittelklassen zu denken, nachdem für die unteren Klassen so sehr viel geschehen sei.

Finanzminister Dr. Miquel hält es nicht der Rolle eines vorsichtigen Finanzpolitikers entsprechend, wenn man den Satz von 4 Proz. für die höchsten Einkommen und gleichzeitig die Sätze der mittleren Klassen herabsetzen wolle.

Der Antrag Avenarius wird darauf gegen die Stimmen des größeren Theiles der Nationalliberalen, der Freisinnigen, sowie eines Theiles der Freikonservativen abgelehnt und § 17 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen, ebenso §§ 18 bis 29.

§ 30, welcher bestimmt, daß von demjenigen Besitzer, der nach einer nochmaligen besonderen Aufforderung innerhalb 4 Wochen die Steuererklärung nicht abgibt, 25 Proz. Zuschlag zur veranlagten Steuer erhoben werden sollen, wird mit einem Antrag v. Achern angenommen, daß die nochmalige Aufforderung von der Behörde direkt an den Besitzer gerichtet werden muß; ebenso werden ohne Debatte die §§ 31—33 angenommen.

Bei § 34 (Zusammenfassung der Veranlagungskommission) sucht

Abg. Barth (frek.) die in zweiter Lesung gegen den Landrat als Vorzüglichen geäußerten Bedenken zu zerstreuen. Bei einem gewählten Vorsitzenden seien die Befürchtungen, daß politische oder sonstige Interessen maßgebend sein würden, in noch viel höherem Grade vorhanden, als beim Landrat.

Abg. v. Eyner (natl.) bestreitet, daß der Landrat als die geeignete Person als Vorsitzender der Veranlagungskommission anzusehen sei.

Darauf wird § 34 angenommen, ebenso §§ 35—76 ohne Debatte.

Bei den Wahlrechtsbestimmungen wird nach einem Kompromißantrage der Abg. Frhrn. v. Huenen (B.)

Grafen Limburg-Styrum (f.) und Frhrn. v. Bedlich (frek.) die Bestimmung über die Drittteiltheilung der Abtheilungen nach Urwahlbezirken an dieser Stelle gestrichen, dafür aber durch eine Bestimmung am Schlus des Gesetzes das Inkrafttreten desselben vom Erlaß eines besonderen Wahlgesetzes im Sinne dieser Bestimmung abhängig gemacht.

§ 85 (Schlußparagraph), dessen Verathung hiermit verbunden wird, wird mit einem Antrage Berling angenommen, nach welchem Kommunalverbände zur Herabsetzung der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer bei der Veranlagung von 1892/93 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht bedürfen.

Die §§ 77—81 werden ohne Debatte angenommen.

Bei § 82 (Überweisungsbestimmung) erwidert auf eine Anfrage des Abg. Frhr. v. Löe

Finanzminister Dr. Miquel, daß die Regierung sich bemühen werde, das Gesetz über die Überweisung möglichst bald einzubringen, daß aber die Einbringung schon in der nächsten Session nicht wahrscheinlich sei.

§§ 82—83 werden darauf angenommen.

§ 84 bestimmt, daß bei dem Nichtzustandekommen des Überweisungsgegesetzes die Überschüsse zum Erlaß eines Theiles der Einkommensteuer unter gewissen Modalitäten verwendet werden sollen.

Der Abg. Weber (Halberstadt, natl.) beantragt, daß im Falle die Überschüsse nicht vollständig zur Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer verwendet werden, der verbleibende Rest zum Erlaß eines Betrages der Einkommensteuer verwendet werden soll.

Die Abg. Weber und Hobrecht (natl.) vertheidigen diesen Antrag mit der Begründung, daß sie Einnahmen, die aus den Taschen sämtlicher Steuerzahler kommen, nicht zur Erleichterung eines Theiles der selben vermönden wollen. Außerdem wolle der Antrag eine fiskalische Plausmacherei verhindern. Die Regierung müsse eine teilweise Quotierung zugestehen.

Finanzminister Dr. Miquel hält den Antrag aus finanziellen Gründen für bedenklich. Der Antrag werde nur dazu führen, daß die Gegner der Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer die Überweisung eines möglichst niedrigen Betrages der Grund- und Gebäudesteuer antreten.

§ 84 wird darauf unter Ablehnung des Antrages Weber in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Damit ist die Verathung der Einkommensteuervorlage erledigt. Die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf wird auf Freitag festgesetzt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Antrag v. Huenen-v. Bedlich-v. Limburg betreffend Änderung des Wahlmodus, Erbschaftssteuer). Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

L. C. Berlin, 5. März. Blätter, welche der freisinnigen Partei früher nahe standen, jetzt aber der selben, wenn auch nicht feindlich, so doch sehr kritisch gegenüberstehen, machen ihr jetzt den Vorwurf, daß sie die "Absage" des Herrn v. Caprivi durch ihre "gewohnte Negierungssucht" selber herausbeschworen habe. Sie finden den Gang der Dinge peinlich und sind der Meinung, daß es den Freisinnigen trotz ihrer Grundsätze sehr wohl möglich gewesen wäre, für die Unteroffiziersprämien zu stimmen. Das ist richtig. Das Programm der freisinnigen Partei steht den Unteroffiziersprämien nicht direkt entgegen. Aber kein Parteidokument macht den Anspruch, für alle im politischen Leben auftauchenden Fragen die Richtschnur zu geben. Die parlamentarischen Fraktionen haben sich die Aufgabe gestellt, sich über die Fragen, welche sich nicht direkt durch das Parteidokument beantworten lassen, schlüssig zu machen. Die freisinnige parlamentarische Fraktion des Reichstags kann die Entschlüsse, welche sie über die Unteroffiziersprämien gefaßt hat, vor der Partei im Lande wohl verantworten. Sie und

Berschmähte Liebe.

Von H. v. Remagen.

Andere Zeiten, andere Sitten. Die nachfolgende etwas geänderte Strophe, nach Heine, paßt gewiß auf unsere Tage, in denen so viele Herzen klug, kühn und wolk sind!

Der Jungling heirathet aus Aerger

Die erste beste Maid,

Die ihm in den Weg gelaufen —

Das ist sein ganzes Leid."

Warum auch den Werther spielen? Es ist unpraktisch und die Pistole knallt viel zu laut. Berschmähte zu werden, oder, wie das Volk gewöhnlich sagt, "einen Korb zu bekommen", verlebt gemeinhin die Eitelkeit des Betroffenen stark, der Stolz wird aufgestachelt, und manch' Einer ist thöricht genug, sein ganzes Lebensglück daran zu setzen, um seine Rache zu haben, und das heißt oft, um der Berschmähenden zu zeigen, daß eine andere Jungfrau es sich zur Ehre anrechnet. Je nach der Individualität, nach der vorgefaßten Meinung, nach der Lebensansicht ist die Handlungsweise des Berschmähten eine andere.

In einer größeren westfälischen Stadt lebte eine Wittwe mit einer durch ihre liebliche Erscheinung weithin bekannten Tochter. Zwei Werber erschienen vor ihr, beides am Orte ansäßige junge Kaufleute von einem Vermögen, der eine ein wenig lecker, selbstbewußter und vorlauter, der andere stiller und bescheidener. Sie wählte den ersten und reichte ihm bald am Altare die Hand zum Bunde; der Berschmähte, der das Wort aus dem Aufenthalt in der Stadt, wo seine Zurückweisung bekannt ward, unfeindlich geworden war, verkaufte seinen Geschäftsantheil, ging nach Hamburg und wanderte aus. Achtundzwanzig Jahre weilte er in der Fremde und erwarb sich ein hübsches Vermögen; er blieb unvermählt. Wie eine reinheilige Flamme hatte er die langen Jahre hindurch seine heilige Liebe gehütet. Das Mädchen hatte eine schlechte Wahl getroffen, der weniger kühne und anmaßende Freier war bei weitem der gehaltvollere gewesen. Die Ehe war keine besonders glückliche, allerlei Schicksalschläge kamen dazu, die Familie verarmte, der Mann legte sich aufs Krankenbett und verstarb nach langem Siechthum. Gerade als der Berschmähte heimkehrte, war die Not aufs Neuerste gestiegen. Als er in die Vaterstadt kam, erkundigte er sich sofort nach den Verhältnissen seiner unvergessenen früheren Geliebten und unterstützte sie heimlich; sie wußte

nicht, woher die reichen Gaben flossen. Zwei Jahre darauf stand ein Brautpaar — beide mit grauen Haaren — vor dem Altare, es war der Berschmähte, der das Wort aus seinen Jugendtagen: "Die oder keine!" einlöste. Eine harmonischere, glücklichere Ehe hat es selten gegeben, ihr Lebensabend war verschont — das Leben bietet die besten Beispiele idealer Gesinnung und lauterer Liebe. Ein wohlthuender Anblick war es, die alten Neuvermählten zu sehen, die sich beide "auf Händen trugen".

Freilich giebt das Leben auch Beispiele vom Gegenteil. In Wien war es, wo vor ein bemitteltes hübsches Mädchen zugleich zwei Freier traten. Der Abgewiesene, dessen Name Neubauer war, hatte eine zähe und dabei doch leidenschaftliche Natur, seine Liebe schlug in unauslöslichen Hass um, er begann die frühere Dame seines Herzens wie deren Gemahl zu verfolgen und versuchte ihnen zu schaden, wo er nur konnte. Es gelang ihm, sie geschäftlich zu ruinieren; sie verzogen mit den lärglichen Resten ihres Vermögens nach Prag. Auch dorthin folgte er ihnen; nicht ohne große Opfer brachte er die Hypotheken, die auf ihrem Hause standen, an sich, er kaufte ihre Schuldsscheine und Wechsel auf und kündigte dann plötzlich zur ungelegten Zeit. Wieder brach der Konkurs aus, sie konnten kein selbständiges Geschäft mehr beginnen, der Mann ergab sich dem Trunk und starb im Hospital, die Frau wurde Gemüsehökerin, um ihre Kinder zu ernähren. Man sollte meinen, jetzt habe Neubauer abgelaßt; aber wie im Garten neben den duftenden und farbenprächtigen Blumen auch giftige Kräuter wachsen, so ruhen auch im Menschenherzen Gutes und Böses nebeneinander — und so viel Niederträgliches oft, unendliche Mengen häßlicher Regungen! Neubauer blieb unverheirathet, ein einsamer, elender Mann. Als er gegen die armselige Krämerswitwe endlich eine rohe Gewaltthat beging, ward er vor Gericht gestellt, und da entrollte sich ein düsteres Gemälde von Hass und Rachsucht. Der Schuldbige ward zu langer Gefängnishaft verurtheilt und verstarb in den Mauern des Strafhauses.

In der Gemäldegalerie eines bayerischen Prinzen hängt ein Miniaturbildchen von wunderbarer Feinheit der Ausführung; ein alter niederländischer Meister hat es gemalt. Ein unheimbar trauriger Blick liegt in den tiefen süssen Augen: das Geheimnis eines herben Grams. Es ist kein Phantasiemalde,

das der Künstler geschaffen hat, eine wahrhaftige Geschichte läßt sich dabei erzählen. Die Gemalte war die Tochter eines prinzlichen Beamten, und der junge Fürst, der Erbe und Majoratsherr, hatte sich in sie verliebt und ihr Herz und Hand angetragen. Dem widerstreben die Verwandten, vor Allem die stolze kalte Mutter des jungen Herrn; sie brachte Himmel und Erde in Bewegung, um die Heirath zu verhindern. Die Eltern des jungen Mädchens mußten ihren ganzen Einfluß daran setzen; sie wußten ihr Kind endlich zu überreden, es so lange zu quälen, bis dasselbe den werbenden Fürsten verschmähte und zurückwies. Zwei Jahre vergingen; in der bescheidenen Wohnung des prinzlichen Beamten wie im Herrenschloß war es still geworden. Der Majoratsherr war melancholisch und düster; er wußte alle Versuche zurück, ihn dem Leben wiederzugeben, er schloß sich in seinen Prachtgemächern ein und verbrachte die Tage in dumpfem Brüten; und sie schlich wie ein Bild des Leidens einher. Da geschah etwas Ungehörtes und Grausiges. Eines Tages, früh am Morgen, es war im Frühling, zur Zeit der Getreideblüthe, wandelte die junge Maid durch die prangenden Felder, die meilenweit die hochragende Burg des stolzen Geschlechtes umgaben; sie ging allein — kannte sie doch jeder Arbeiter und Tagelöhner gut genug! Da fielen zwei Hunde, die durch irgend einen Versehen des Hüters losgelassen waren — auf dem Schlosse befand sich eine zahlreiche Meute — über sie her, eine Bulldogge und ein Windhund, und zerfleischte sie! Um der Form zu genügen, ward eine Untersuchung angestellt, die natürlich nichts ergab, Niemand trug die Schuld. Wenn auch das Volk laut die Frevelerin bezichtigte, die Fürstin-Mutter, so konnte es doch Niemand beweisen, daß sie die Unthat angestiftet. Den Sohn hat die Mutter nie wiedergesehen, er ging in ferne Länder und ist dort "verdorben und gestorben".

Im Arsenal zu Benedig wird dem Besuchenden eine kleine Sammlung Kuriositäten gezeigt; unter denselben findet sich ein wunderlich geformter Schlüssel, von dem der Wärter den Fremden eine seltsame Mär berichtet, den "Schlüssel des Todes" nennt ihn die Überlieferung. Um das Jahr 1600 kam in die Lagunenstadt ein römischer Händler, einer von jenen unheimlichen Menschen, die das größte Talent zur Verübung von Verbrechen besitzen. Tebaldo, so hieß der Kaufmann, verliebte sich in die Tochter

die einzelnen Abgeordneten und die freisinnigen Blätter haben in den letzten Tagen so viele Zustimmungen über die Haltung der Fraktion in dieser Frage erhalten, daß sie den Folgen einer anderseitigen Kritik ruhig ins Auge schauen können. Die Freisinnigen hätten, so wird gesagt, die ganzen inneren Verhältnisse auf lange Zeit hinaus günstig beeinflussen können, wenn sie für die Unteroffiziersprämien gestimmt hätten. Statt dessen hätten sie den Gegnern einen Triumph bereitet. Das könnte nur richtig sein, wenn es die Hauptaufgabe der freisinnigen Partei wäre, mit der Regierung „durch Dick und Dünn“ zu gehen und Alles, was dieselbe fordert zu bewilligen. Dazu ist die freisinnige Partei aber nicht im Stande. In Bezug auf Militär und Marine stellt der „neue Kurs“ leider noch höhere Forderungen als der „alte.“ Wenn der Reichstag in Bezug hierauf Alles bewilligt, was gefordert wird, so ist ja der gewünschte Frieden da. Aber die Steuerfähigkeit ist nicht so groß, um das ohne schwere Bedrückung der Steuerzahler leisten zu können. Die Forderungen der Regierung sind zu groß und sie steigern sich von Jahr zu Jahr. Was heute als ein Maximum beansprucht wird, wird im nächsten Jahre umgestoßen und schon als ganz ungenügend erklärt. Wir sollen schließlich eine Armee unterhalten, welche allein den Heeren von ganz Europa gewachsen ist und daneben noch eine Marine ersten Ranges. Dazu ist Deutschland nicht reich genug. Ein Regierungskommissar mag sich ja als „rabiater Fachmann“ für alle möglichen Steigerungen der Wehrkraft begeistern; die Volksvertreter haben aber die Pflicht, nicht nur alle möglichen wünschenswerthen Verstärkungen unserer militärischen Stellung, sondern auch die Wehrkraft der Bürger des Reichs im Auge zu behalten, darum können sie unmöglich allen Forderungen der Regierung in Bezug auf Militär und Marine zustimmen. Einmal muß doch gesagt werden: „Halt! weiter geht es nicht!“ Und wenn die Freisinnigen selbst gegen ihre bessere Überzeugung die Unteroffiziersprämien bewilligt hätten, so würde demnächst bei anderen Militär- oder bei den Marineforderungen doch ein Konflikt entstanden sein. Wenn die Freisinnigen von ihren Wählern den Auftrag hätten, Ministerposten zu erstreben, so könnte man ihnen heute Vorwürfe machen. Sie haben anders gehandelt und sie sind bereit, die Verantwortung hierfür in vollem Sinne zu tragen. Die Stimmung der Wähler der freisinnigen Partei ist nach den hier eingegangenen Berichten derartig, daß sie solche Verantwortung ruhig übernehmen können.

— Beim Kaiser und der Kaiserin fand am Mittwoch Abend eine größere musikalische Abendunterhaltung statt. Am Donnerstag Vormittag wurde unter anderen der Historienmaler Prell empfangen zur Vorlegung der von ihm angefertigten Entwürfe zu den für die Rathauswand zu Hildesheim bestimmten Freskomalereien.

— Ein probates Mittel gegen Überforderung seitens der Kartelle ist die Anberaumung einer zweiten Submission. Gestern ist im Reichstage mitgetheilt worden, die Reichseisenbahnenverwaltung habe bei der einzigen Lieferung von Eisenbahnschienen, welche sie im Submissionswege vergeben, bei der ersten Submission ein Angebot von 165 M. pro Tonne abgelehnt, bei der zweiten Submission sei das niedrigste Angebot eines deutschen Werkes mit 145 M. angenommen worden. Auch in Breslau hat die Eisenbahndirektion in diesen Tagen die ersten Offerten als zu hoch abgelehnt und einen zweiten Termin

eines venetianischen Edelmanns und hielt um ihre Hand an, obwohl sie, wie er wußte, bereits versprochen war. Natürlich wies man ihn, und nicht eben in der zartesten Weise ab; die Tochter eines Nobile aus altem Hause und ein römischer Krämer! Unerhört! Auch die Tochter verschmähte den Mann, den sie nur flüchtig kennen gelernt hatte. Tebaldo sann Tag und Nacht auf Rache; in seinem erfinderischen Geiste reiste endlich ein Plan. Er war ein geschickter Mechaniker — als Knabe hatte er lange bei einem Kunstmühlenmeister in Rom gearbeitet — und es gelang ihm, einen Schlüssel zu konstruieren, der eine gefährliche Mordwaffe in sich barg. Der Griff dieses Kunstwerkes ließ sich drehen, auf den Druck einer Feder sprang eine lange haarspitzige Stahlspitze hervor, die durch eine ganz leichte Handbewegung abgebrochen werden konnte. So zierlich war diese Spitze gearbeitet, daß sie fast keine Spur zurückließ und nur mit Mühe zu finden war. Tebaldo drängte sich bei der Hochzeitszeremonie in Verkleidung unter die zahlreiche Menge, die, wie dies heute noch bei Vermählungsfeierlichkeiten Gebräuch ist, die Kirche anfüllte; es gelang ihm, in die Nähe des Altars zu kommen und bei einer ganz unverdächtigen Bewegung die Nadel in die Brust des glücklichen Bräutigams zu stoßen. Der Verwundete empfand plötzlich einen scharfen, stechenden Schmerz und wußte nicht, woher er gekommen; er hatte nichts bemerkt. Einige Minuten darauf brach er ohnmächtig zusammen; am nächsten Tage verschied er, kein Arzt konnte die Ursache feststellen. Tebaldo besuchte den Vater und hielt nochmals um die Hand der Heißgeliebten an. Zum zweiten Male wies man ihn noch brüderlich zurück. Aber beim Leichenbegängnis des Bräutigams, das unter großem Andrang Neugieriger stattfand, sank auch der Vater zu Boden und starb sofort. Panischer Schrecken durchfuhr ganz Benedig; die Leiche ward genau untersucht, man fand bei sorgfältiger Obduktion die Nadel in der Brust. Jeder fürchtete jetzt für sein Leben; Alles zitterte vor dem geheimnisvollen Mörder. Das verwirrte junge Mädchen ging trauernd in ein Kloster. Aber auch dorthin folgte ihr Tebaldo; er bat um eine Unterredung und warb wiederum um ihre Liebe, und als sie entrüstet verschmähte, zog er seinen Schlüssel und stieß nach ihr. Allein der Stoß war nicht tödlich; sie ward nur verwundet. Tebaldo wurde festgenommen und endigte nach wenigen Tagen sein Leben am Galgen.

angesezt. Dabei wurde offerirt Qualitätseisen zu 124 Mark entsprechend einem Preise von 109 M. für Handelseisen. Diese Offerte ist um 36 M. niedriger, als die frühere; sie bleibt hinter dem Verbandspreis um 28 M. zurück.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Die konservativen Mitglieder der Sperrgeldersmission haben sich jetzt über ihre Anträge zum Gesetz geeinigt. Darnach sollen aus den Sperrgeldersfonds Beiträge an solche Institute und Personen bezw. deren Rechtsnachfolger bewilligt werden, welche durch das Sperrgesetz Einbuße an ihren Einkünften erlitten haben. Über die Bewilligungen entscheidet in jeder Diözese eine Kommission von fünf Mitgliedern, von denen drei durch den Kultusminister und zwei von den Bischöfen ernannt werden. Die vom Kultusminister ernannten Mitglieder müssen römisch-katholisch und zum Richteramt befähigt sein. Den Vorsitzenden bestimmt der Minister. Aus der nicht zur Verwendung kommenden Summe wird nach Verabredung zwischen dem Minister und den Bischöfen ein Diözesanfonds für emeritirte Geistliche u. s. w. gebildet.

Lokales.

Posen, den 6. März.

— b. Eisgang auf der Warthe. Gestern Mittag hat hier der Eisgang begonnen. Das Wasser, das Morgens 8 Uhr noch 2,48 Meter hoch gestanden hatte, erreichte um 11½ Uhr die Höhe von 2,60 und um 3½ Uhr Nachmittags die Höhe von 2,82 Meter. Vor der Festungsschleuse bis unterhalb der Wolfsmühle steht das Eis noch, am Ende des Glownoer Waldes ist die Warthe eisfrei. Oberhalb der Festungsschleuse gehen die Eisversetzungen bis zum Kleemannschen Grundstück. Die Übersfälle sind mit Eis bedeckt, der östliche ist jedoch fahrbar, der westliche nicht. Die Domschleuse ist mit Eis bedeckt. Zur Zeit ist der Wasserstand 3,08 Meter.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 5. März. Nach hier eingegangener Nachricht ist der frühere Oberbürgermeister Friedensburg in San Remo gestorben. Die eben stattfindende Sitzung der Stadtverordneten wurde beim Eintreffen der Nachricht aufgehoben.

Großemünden, 5. März. Die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei des 19. Reichstagewahlkreises werden dem Vernehmen nach den Fürsten Bismarck als Kandidaten für die bevorstehende Erwahl aufstellen.

Straßburg i. E., 5. März. Dem Vernehmen nach hat der Präsident des Landesausschusses durch die Vermittelung des Statthalters Fürsten Hohenlohe bei dem Kaiser um die Bewilligung einer Audienz gebeten, um die Adresse des Landesausschusses zu überbringen. Es verlautet, daß der Präsident, der erste Schriftführer und einige Mitglieder sich im Falle der Bewilligung der Audienz nach Berlin begeben würden.

Wien, 5. März. In Krems ist der deutsch-liberale Heinemann mit 1248 Stimmen zum Reichsrathsabgeordneten gewählt worden; der Gegenkandidat Antisemit Vergani erhielt 437 Stimmen. — In den steirischen Landgemeinden sind 3 Slovenen, 5 katholische Konservative, ein Deutsch-Nationaler zu Reichsrathsabgeordneten gewählt worden. Die Slovenen haben ein Mandat gewonnen, die Deutsch-Nationalen dasjenige von Judenburg an die katholisch Konservativen verloren. — Die Krainer Städte haben 3 national-konservative Slovenen gewählt; der Besitzstand bleibt unverändert.

Wien, 5. März. Bei den heutigen Städtewahlen in Niederösterreich (ohne Wien) wurden zwei Deutsch-Liberale, zwei Deutsch-Nationale und ein Antisemit gewählt. Die Deutsch-Liberalen gewannen zwei Sitze von den Antisemiten.

Czernowitz, 5. März. Der Wahlgang ist hier wegen großer Beteiligung der Antisemiten und der von denselben hervorgerufenen Unruhen noch nicht beendet und wird heute fortgesetzt. Gestern Abend mußte die Sicherheitswache der Gendarmerie durch Militär in der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützt werden. Größere Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Petersburg, 5. März. Dem „Regierungsboten“ zufolge ist der Gesundheitszustand des Großfürsten Georg Alexandrowitsch befriedigender, obwohl derselbe behufs gänzlicher Wiederherstellung seiner Kräfte sich noch eine Zeit lang in warmem Klima aufzuhalten müßt. Der Großfürst wird daher wahrscheinlich noch heute Athen verlassen und sich auf drei Wochen nach Algier begeben.

Rom, 5. März. Der „Popola Romano“ sagt, die Erklärungen Rudinis, daß er dem Dreibunde treu bleiben und dabei herzliche Beziehungen zu Frankreich und zu allen anderen Staaten pflegen wolle, seien absolute und ließen keinerlei Einschränkungen zu.

Paris, 5. März. Das Komite zum Schutz des französischen Exports faßte gegen die Ankündigung eines internationalen Eisenbahntarifs eine Protestresolution. — Sozialistenkomites, welche behufs der Maimanifestation gebildet worden sind, beschlossen vom nächsten Sonnabend ab zu Gunsten der Manifestation Meetings abzuhalten; der Municipalrat und die Kammer sollen aufgefordert werden, den städtischen resp. Staatsbediensteten am 1. Mai freizugeben.

Paris, 5. März. Wie verlautet, sieht die Polizeipräfektur den nächsten Sonntags-Rennen nicht ohne Besorgniß entgegen. Der Polizeipräfekt dürfte das Generalkommando um Beistellung einiger Kavallerie-squadrons zur Aufrechterhaltung der Ordnung ersuchen.

Paris, 5. März. In Folge einer Unterredung zwischen dem Justizminister Fallières, dem General-Prokurator Beaurepaire und dem Prokurator Vanastion verfügte der Minister des Innern Constances, daß am nächsten Sonntag alle Personen,

welche auf den Rennplätzen sich an dem gewerbsmäßigen Spiel betheiligen sollten, verhaftet werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein Gesetz erforderlich sein würde, um in Zukunft das Spiel auf Rennplätzen zu gestatten.

Paris, 5. März. Der Bericht Méline über den allgemeinen Zolltarif betont die Nothwendigkeit des Schutzes für Ackerbau und Industrie, dessen Erfolge gefallen würde, die ungeheuren finanziellen privaten Hülfsquellen Frankreichs nutzbar zu machen. Der Berichtsteller unterwirft weiterhin die Schüchternheit des französischen Kapitals, sich in große Privatunternehmungen einzulassen, zum alleinigen Vorteil der vom Staate unter seinen Schutz genommenen Unternehmungen einer Kritik, und entwirft ein Bild von dem Verhalten des ausländischen Kapitals, aus welchem hervorgeht, daß Frankreich in Bezug auf die Beteiligung an großen Privatunternehmungen hinter England, Deutschland und Italien zurückstehe. Die französischen Kapitalien würden sich dem Ackerbau und der Industrie zuwenden, sobald gute Zolltarife für dieselben aufgestellt seien und dieselben würden eine sicherere Anlage dabei finden, als in der Börsenspekulation. Méline sucht nachzuweisen, daß der Schutzzoll sowohl dem Konsumenten wie dem Produzenten zu Gute kommen werde in Folge der Konkurrenz, welche sich im Innern entwickeln werde; er findet, daß die Besteuerung von Zucker, amerikanischem gesalzenem Fleisch, Cerealien und Vieh bereits ausgezeichnete Ergebnisse geliefert haben und meint, die Erhöhung der Zölle werde die Budgeteinnahmen noch weiter vermehren. Méline beruft sich auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auf Deutschland, und er fürchtet nicht, daß die Einfuhr ausbleiben würde, weil die Zölle keine Prohibitive sondern Kompensationszölle seien. Er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Frankreich auch ferner in guten Beziehungen mit den anderen Ländern stehen werde, da es nur das Ziel vor Augen habe, die nationale Arbeit mit Gerechtigkeit und Mäßigung zu schützen, wie das andere Nationen ebenfalls thäten.

London, 5. März. Im Hause der Lords als Oberstem Gerichtshof wurde heute der Spruch des Appelhofes in der Klagesache der Bank von England gegen das Bankhaus Baglano Frères aufgehoben. Die Bank von England hatte von einem Beamten des Hauses Baglano Frères gefälschte Tratten im Betrage von 71 000 Pfld. Strl. für Rechnung der genannten Firma ausgezahlt. Der Oberste Gerichtshof entschied, daß Baglano Frères in fahrlässiger Weise gehandelt hätten, indem sie die in ihren Büros eingelaufenen Tratten nicht prüften. In Folge dieses Beschlusses ist das Haus Baglano Frères gehalten, 71 000 Pfld. Strl. an die Bank von England zu zahlen.

London, 5. März. Barnell sprach gestern in Clerkenwell vor einer von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung über die Arbeiterangelegenheiten und betonte, er habe stets die Arbeitergesetzgebung befürwortet, sei aber durch die liberalen Führer an einer erfolgreichen Betätigung seiner Bemühungen gehindert worden.

London, 5. März. Das Exekutivkomite des Verbandes der Hafengewerbevereine in London befahl den auf dem Lande beschäftigten Vereinen zur Arbeit zurückzukehren, da die Differenzen zwischen der Rhederförderung und dem Seemanns- und Heizerverein nur untergeordnete Punkte beträfen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1891.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	W i n d.	W e t t e r.	L e i p z i g i. Cels. Grad.
5. Nachm. 2	747,6	NW Sturm	bedeckt	+ 6,9
5. Abends 9	750,2	N stürmisch	heiter	+ 3,9
6. Morgs. 7	751,5	W frisch	bedeckt	+ 3,4
¹) Nachmittags und Abends Regen mit Schnee.				
Am 5. März	Wärme-Maximum	7,4° Cels.		
Am 5.	Wärme-Minimum	0,0°	=	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5. März	Morgens 2,48 Meter
= 5.	Mittags 2,54
= 6.	Morgens 3,08 = Eisgang.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 5. März.		Schwankend.
3½ %ige L.-Pfandbriefe	97,70	100,10 ie ungari. Goldrente
Königlichir. Türken	19,25	Türkische Rose 80,50, Breslauer Diskontobank 106,00, Breslauer Wechslerbank 103,25, Schlesischer Bankverein 121,00, Kreditaktien 175,25, Donnersmarchhütte 86,50, Oberösterreich. Eisenbahn 75,25, Oppelner Cement 104,00, Kramsta 130,00, Laurahütte 126,75, Verein. Oelfabrik 106,00, Österreichische Banknoten 177,20, Russische Banknoten 238,35.
Schles. Binfaktien	—	Oberschles. Portland-Zement 113,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 127,00, Flößter Maschinenbau 111,50.
Frankfurt a. M., 5. März.		Effekten-Sozietät. (Schluß). Kreditaktien 272%, Franzosen 218%, Lombarden 115%, Galizier —, Egyptier —, 4% ungar. Goldrente 92,80, 1880er Russen —, Gotthardbahn 151,00, Diskonto-Kommandit 206,40, Dresden. Bank 155,50, Laurahütte 126,50, Gelsenkirchen 165,30, Tabakfaktien —, Neue 3% Reichsanleihe 86,20, Nord. Lloyd —, Still.

Paris, 4. März.		Boulevard-Befehl. 3%. Rente 95,51
Tiroler	95,0%	4% ungar. Goldrente 92,93, Türken 19,65, Türkensehle 78,00, Spanier 77,18, Egyptier 495,00, Banque Ottomane 628,00, Rio Tinto 581,00, Tabakfaktien 353,00, Panama —, Träger. Morgen findet kein Boulevard-Befehl statt.
London, 5. März.		(Schlußkurse.) Fest.
Engl. 2% prozent. Consols	96,1%	Breit. 4 prozent. Consols 105, Italien. 5 prozent. Rente 94, Lombarden 121,4%, 4 prozent. 1889 Russen (II. Serie) 99,1%, konv. Türken 19,1%, österr. Silberrente 80,1%, österr. Goldrente 98, 4 prozent. ungarisch. Goldrente 91,4%, 4 prozent. Spanier 77,1%, 3½ prozent. Egyptier 93,4%, 4 prozent. unific. Egyptier 97,1%, 3 prozent. garant. Egyptier 100,4%, 4½ prozent. Trib.-Anl. 99,6 prozent. Meritane 91, Ottomanbank 15, Suezaktion 97, Canada Pacific 77,1%, De Beers neue 15,1%, Platdbiskont 2%,
Rio Tinto 231,8%, 4% prozent. Rupees 76,1%, Argentin. 5 prozent. Goldanleihe		

